

Zugewanderte Kriminalität – die Realität läßt sich nicht verleugnen.

(J. Lange/E. Noldus)

Am 4. 4. 2024 brachte die WAZ auf ihrer Titelseite mit „Mehr Gewalt, Einbrüche, Diebstahl“ einen Beitrag anlässlich der von NRW-Innenminister Reul (CDU) vorgestellten neuen Kriminalitätsstatistik.

Die Realität ist stärker...

Die Realität ist immer stärker als ideologische Hirngespinnste über die Bereicherung durch unkontrollierte Massenzuwanderung aus Kulturkreisen, die ihre geistige Primitivität unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit ausleben. Am gleichen Tage brachte die WAZ auch eine Meldung über den starken Anstieg antisemitischer Straftaten in NRW im Gefolge des feigen Überfalls der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023.

Die Landtagsabgeordnete Kapteinat (SPD) sprach in diesem Zusammenhang von einer weiteren Zunahme rassistischer Ressentiments und Taten: „Das geht uns alle an und das macht mir große Sorgen.“ Es gehe jetzt um die Erstellung eines umfassenden Lagebildes, damit die Landesregierung daraus die richtigen Schlüsse für die Interventions- und Präventionsarbeit ziehen müsse.

Das „Lagebild“ und all diese „Interventions- und Präventionsarbeit“ dienen nur als Arbeitsbeschaffung für lebensuntüchtige Individuen, die auf Kosten der Steuerzahler leben und über den strukturellen Rassismus der Mehrheitsgesellschaft lamentieren. Dabei verdanken sie ihre materielle Sicherheit durch geradezu fürstlich dotierte staatliche Programme und Stellen gerade der angeblich rassistischen Mehrheitsgesellschaft.

Weder ideologisches Geschwätz noch ein „Haus des Jugendrechts“ – welch ein schöner Begriff für fremde Intensivtäter – machen die beiden am Hauptbahnhof brutal ermordeten ukrainischen Jugendlichen wieder lebendig.

Beide Themen – zugewanderte Kriminalität und muslimischer Antisemitismus – werden von den Leitmedien plötzlich in einer Art und Weise behandelt, für die man als AfD-Politiker noch vor zwei Wochen als Rassist und Hetzer an den Pranger gestellt worden wäre. Am 21. März hieß es bei der WAZ – ebenfalls auf der Titelseite – „Ausländerkriminalität steigt deutlich“. Innenminister Reul erklärte im Hinblick auf den Anteil der Tatverdächtigen ohne deutschen Paß – knapp 35 Prozent – lapidar: „Die Zahlen sagen uns, daß wir unsere Hausaufgaben bei der Integration nicht gemacht haben.“

Im Hinblick auf die Integration: In NRW gibt es auf Betreiben der CDU-geführten Landesregierung 782 Case Manager, die 60.000 € im Jahr kosten und welche Bestandteil einer Parallelverwaltung für die „Sonderbedürfnisse“ sind, wie sie hier in Oberhausen der türkisch geprägte Integrationsrat für angeblich alle Migranten formuliert.

Der rapide Ausbau des Kommunalen Integrationsmanagements seit 2020 durch Case Manager und die Einbindung des Integrationsrates in die reguläre Verwaltung durch neugeschaffene Stellen sind nur ein Beispiel vor Ort, um zu zeigen: Je mehr man einer gewissen Klientel zuschanzt, desto grö-

ßer werden deren Ansprüche. Reuls „Hausaufgaben“ sind nur ein Versuch, vom eigenen Versagen abzulenken. Und die NRW-SPD, die ihm Versagen vorwirft, vergißt dabei gerne, daß die größten Versager in Berlin sitzen!

Was man nicht übersehen darf: Doppelstaatler werden stets als Deutsche geführt, wodurch das wahre Ausmaß der Kriminalitätsbelastung durch Zuwanderung verschleiert wird.

Im Zusammenhang mit einer Vandalismus-Serie an Oberhausener Schulen im Herbst 2022 fragte die AfD im Rahmen einer [Kleinen Anfrage K/17/3085-01](#) nach dem Anteil von Intensivtätern mit Migrationshintergrund. Der zuständige Dezernent Schmidt gab zwar die Anzahl der registrierten Intensivtäter (24 zum Stichtag 1. 1. 2023) an, führte dann aber weiter aus:

„Da in der Anfrage keine Definition des angefragten Kriteriums „Migrationshintergrund“ erfolgt ist und diesem Kriterium keine rechtsverbindliche Definition zu Grunde liegt, kann eine Beantwortung nicht erfolgen. Aufgrund der unklaren Definitionslage wird es auch seitens des Intensivtäterprogramms nicht erfaßt.“

Wir erinnern den Schuldezernenten daran, daß der Begriff „Migrationshintergrund“ bei der Erstellung von Schulstatistiken sehr wohl definiert ist. Aber die Frage war seinerzeit wohl falsch gestellt, denn im Lokalteil vom heutigen Tage (5. April) wird für den Bereich der Jugendkriminalität bei 1904 Verdächtigen der Anteil, der keinen deutschen Paß besitzt, mit 32,6 Prozent angegeben. Auch hier werden für die Statistik Doppelstaatler als Deutsche umgedeutet.

(EN)

Ein Leserbrief.

Zum Thema „Mehr Gewalt, Einbrüche, Diebstahl“ verfaßte der stellv. AfD-Fraktionsvorsitzende Lange am 5. 4. 2024 folgenden Leserbrief für die WAZ:

„Die Propaganda über eine bunte und multikulturelle Gesellschaft scheitert allzuoft an der Realität.

Mit der Masseneinwanderung in die Sozialsysteme, welche kein Ende findet, werden solche Delikte in Zukunft vermehrt zu unserem Alltag gehören, da die Politik in Oberhausen diese Zustände fördert und die Justiz mit der Situation überfordert ist.

Anstelle der Losung „Vielfalt ist meine Heimat“ sollte es „Kriminalität ist meine Heimat“ heißen und von den linken Parteien propagierte Projekte wie die „Seebrücke“ sollten kritisch vom Wähler hinterfragt werden, da damit Tätern in Oberhausen suggeriert wird, daß sie hier willkommen wären.

Kriminalität verhindert man aber nicht mit einer Willkommenskultur sondern mit klaren Regeln und einer restriktiven Ausländerpolitik.

Das diese Abschiebungen mit einschließt, brauche ich dabei wohl kaum näher zu erläutern.“